DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 7 – 068-1

COVID19 und die Folgen

Beschluss des Landesvorstandes im Umlaufverfahren vom 21. – 24. April 2020

Beschluss:	Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt das Papier „COVID 19 bringt unser Gesellschaftssystem an seine Grenzen“.
Anlagen:	-
politische Botschaft:	-
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: 14 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

F.d.R.

Dresden, 24. April 2020

Janina Pfau

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin

COVID 19 bringt unser Gesellschaftssystem an seine Grenzen

Das Coronavirus fand am 28. Januar 2020 nach Deutschland und knapp einen Monat später seinen Weg auch in den Freistaat Sachsen.

Die getroffenen Maßnahmen liefen durch das föderalistische System in Deutschland in unterschiedlichster Art und Weise, mit Blick auf zeitliche Abläufe und inhaltliche Schwerpunkte ab. Doch erst nach der dramatischen Entwicklung in Italien und den Meldungen des Robert-Koch-Instituts nahm die Regierung Fahrt auf.

Seitdem überschlugen sich die Meldungen über die Einrichtung von Testzentren, Ausgangsbeschränkungen und möglichen Kontaktverboten.

Ohne die Schaffung wichtiger Voraussetzungen wurden im Eilverfahren sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene Maßnahmen erlassen, die vor allem bereits marginalisierte Gruppen weiter ins Abseits drängen (Obdachlose, Geflüchtete, ...).

Mit Blick auf die verschiedenen Politikfelder zeigt sich täglich und mit jeder Maßnahme der Regierungen mehr, dass das aktuelle kapitalistische und neoliberale System an seine Grenzen gerät. Das zeigt sich nicht nur an der Wirtschaft, sondern in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens: Bildung, Soziales, Arbeit, Demokratie, etc.. Es wird Zeit für einen demokratischen Sozialismus!

Gesundheitsversorgung für alle ausbauen

Zahlreiche Menschen aus dem medizinischen Bereich klagten in den letzten Wochen über eine falsche Informationspolitik, fehlende Materialien und unzureichenden Eigenschutz des Personals, sowie Testmöglichkeiten der Bevölkerung. Unser Gesundheitssystem steht vor enormen Herausforderungen, welche deutlich machen, dass die Gesundheitsversorgung nicht weiter dem Markt überlassen werden darf.

Wir fordern:

- Das Gesundheitswesen, der öffentliche Gesundheitsdienst und die medizinische Versorgungs- und Betreuungsstruktur in Sachsen ist durch eine auskömmliche finanzielle, personelle und sächliche Ausstattung pandemiefest zu machen.

- Wichtige Gesundheitsdaten müssen zusammengeführt werden, um Betreuungspotentiale besser koordinieren zu können und damit insbesondere im Krisenfall eine aktuelle sachsenweite Übersicht der vorhandenen freien Isolations-, Beatmungs- und Intensivbettenplatzkapazitäten sowie des benötigten oder des mobilisierbaren medizinischen Personals zur Verfügung steht.

- Besonders gesundheitlich gefährdete Beschäftigte in der ärztlichen und medizinischen Versorgung, der Pflege und Betreuung von Menschen sowie der Labore und Apotheken müssen durch schnelle und unkomplizierte Bereitstellung der erforderlichen Schutzausrüstung/-güter und Medikamente wirksam geschützt werden.

- Der Schutz der Gesundheit und des Lebens der Menschen in Sachsen ist vor finanzielle Einzel- und Profitinteressen zu stellen. Medizinische Schutzausrüstungen und Schutzmasken, Desinfektionsmittel und Medikamente dürfen nicht zu Spekulationsobjekten verkommen und zu erhöhten Preisen angeboten werden. Solchen Erscheinungen ist wirksam entgegenzutreten und sie sind mit staatlichen Sanktionen zu belegen.

- Eine deutliche Gehaltserhöhung sowie eine generelle Tariflohnpflicht für alle Beschäftigten in medizinischen Assistenzberufen.

- Einen sofortigen Privatisierungsstopp bei medizinischen Einrichtungen.

- Die Vergesellschaftung privatisierter Kliniken.

- Die Abschaffung der privaten Krankenversicherung.

Schutzschirm für Kinder und Jugendliche

Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe brauchen einen Schutzschirm. Alle staatlichen Träger, Dienste, Einrichtungen sowie Projekte der (ambulanten) Kinder- und Jugendhilfe müssen finanziell abgesichert werden. Keine*r soll seinen Jahresurlaub für die Isolationsphase opfern müssen. Keiner Einrichtung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe darf die Förderung gestrichen werden und keine*m darf eine Kündigung der Räume auf Grund von Mietrückständen drohen.

Gerade in dieser Zeit ist die Unterstützung und Beratung für Kinder, Jugendliche und Eltern unbedingt notwendig. Jetzt brauchen die Familien, die ohnehin jenseits von Krisenzeiten in belasteten und konfliktreichen Verhältnissen leben, zuverlässige Unterstützung. Gefährdete Kinder und Jugendliche benötigen vordringlichen Schutz. Die Kinder- und Jugendhilfe muss in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben vollumfänglich zu erfüllen. Derzeit ist es für viele Mitarbeiter*innen unterschiedlicher Träger schwer, die Familien zu beraten und aufsuchende Sozialarbeit zu realisieren. Doch daran muss weiter festgehalten werden. Dabei muss der Gesundheitsschutz für alle Mitarbeiter*innen und Hilfesuchenden gewährleistet und finanziert werden

Wir fordern:

- Zuwendungen und Leistungsentgelte sind auch bei Leistungseinschränkungen vollständig auszuzahlen.

- Die Abhängigkeit der Entgeltfinanzierung von den Fachleistungsstunden ist durch eine Pauschalfinanzierung zu ersetzen bzw. wieder einzuführen.

- Um den Verdienstausfall aufzufangen, braucht es einen Sozialfond für alle in der Kinder- und Jugendhilfe Beschäftigten.

- In den Einrichtungen, die nicht geschlossen werden können, muss es klare und einheitliche Regelungen geben für den Einsatz von zusätzlichem Personal.

- Einnahmen, die auf Grund der Corona-Pandemie in den Einrichtungen wegfallen, müssen durch staatliche Zuschüsse vollständig kompensiert werden.

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder

Auf Anordnung der Landesregierung wurde die Schulpflicht in Sachsen ausgesetzt. Die Schüler*innen und Lehrer*innen sollten zu Hause bleiben. Die Bereitstellung von Lernmaterialien wird den Schulen überlassen. Die Folgen für Schüler*innen und Lehrer*innen sowie die Eltern sind weitreichend. Gelernt werden soll zu Hause. Aber wie?

Das Anrecht auf einen eigenen häuslichen Rückzugsort für Schüler*innen muss in den Sozialgesetzen abgesichert werden, um die Bildungsbenachteiligung abzusenken.

Die Voraussetzungen für digitales Lernen müssen geschaffen werden. Die Staatsregierung bietet eine Cloud-Lösung an (LernSax). Wie wird aber sichergestellt, dass alle Schüler*innen am Lernangebot teilhaben können? Wird Schüler*innen aus Familien, die unter schwierigen sozioökonomischen Bedingungen leben, die Infrastruktur (Tablet, Internet, etc.) vom Staat zur Verfügung gestellt? Welche Maßnahme gibt es bzw. plant die Staatsregierung, um sicherzustellen, dass wirklich alle Schüler*innen an Sachsens Schulen mit den digitalen Angeboten, wie bspw. LernSax erreicht werden?

Offen bleibt jedoch, wie die Lehrkräfte im Umgang mit den digitalen Lehr- und Lernangeboten geschult und angeleitet werden, welche Möglichkeiten die Staatsregierung den Schulen bereitstellt, um beeinträchtigte Schüler*innen an den digitalen Lernangeboten zu beteiligen, wie sichergestellt wird, dass sich auch Schüler*innen mit Migrationshintergrund an den digitalen Lernangeboten beteiligen können?

Es besteht jetzt schon die Gefahr, dass Schüler*innen aus einkommensschwachen Familien nicht mehr am schulischen Lernen teilhaben können. Auch für Schüler*innen mit Eltern, die systemrelevante Berufe ausüben, ist es schwer dranzubleiben, da beide Elternteile trotz der Krise arbeiten müssen.

Wir fordern:

- Die Benotungen von Aufgaben, die in Heimarbeit erledigt werden, sind auszusetzen, um so einerseits die Chancengleichheit nicht zu gefährden und andererseits den bestehenden Druck für Schüler*innen und ihre Familien abzumildern.

- Prüfungen sollten erst stattfinden, wenn der Gesundheitsschutz für Prüflinge und Prüfende gewährleistet ist und es eine bundesweit einheitliche, ausreichende Vorbereitungszeit gegeben hat.

- Bei Prüfungen bedarf es einer bundesweiten Regelung, um Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit sicherzustellen.

- Die digitale Ausstattung aller Schüler*innen muss gewährleistet werden, um der sozialen Ungleichheit, die seit Corona besonders stark wirkt, entgegen zu treten. Trotz aktuellem Krisenmodus muss die Bereitstellung von Computern, Laptops oder Tablets gesichert sein.

- Wir wollen, dass alle Schüler*innen in Sachsen die gleichen Möglichkeiten haben, an den digitalen Lernformaten teilnehmen zu können! Die Voraussetzungen müssen umgehend durch die Staatsregierung geschaffen werden.

- Eine Erhöhung der Flächenzuordnung für Kita- und Krippen-Gruppen in Kindertagestätten

Studierende brauchen finanzielle Sicherheit

Die sächsischen Hochschulen befinden sich im Notbetrieb, d.h. nur Menschen, die unbedingt an den Hochschulen tätig sein müssen (z.B. um Forschung weiter zu führen) haben Zutritt. Für die Studierenden und Beschäftigten bedeutet das, Vorlesungen fallen aus, Seminare finden nicht statt, Prüfungen werden verschoben. Die Einrichtungen der Hochschulen (Mensen, Bibliotheken) haben nur noch teilweise geöffnet.

Für alle braucht es jetzt klare und einheitliche Regelungen und Sicherheit. Vor allem braucht es finanzielle Absicherung. Das BAföG wird erstmal weitergezahlt. Das betrifft aber nicht alle. Für viele Studierende fällt der Nebenjob weg mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten. Wie sollen sie ihre Miete bezahlen?

Wir fordern:

- Für die sowieso schon prekär Beschäftigten im Wissenschaftsbetrieb muss es klare Unterstützung bei der Verlängerung bzw. Nichtbeendigung der Arbeitsverträge geben.

- Es braucht einen Sozialfond für die Hochschulen. Das Land muss denen, die durch die Pandemie in Not geraten, schnell und unbürokratisch helfen. Niemandem darf ein Nachteil aus der derzeitigen Krisensituation entstehen, weder Studierenden noch den Beschäftigten.

- Vertretung Studierender, des Mittelbaus, sowie der Personalräte müssen in die Krisenstäbe der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen eingebunden werden.

- Für einen schnelleren Aus- und Aufbau digitaler Infrastrukturen an den Hochschulen muss das Land zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Nur damit kann die technische Infrastruktur für

digitale Lehr- und Lernformate sowie Verwaltungsprozesse und das Personal im Umgang damit flächendeckend unterstützt werden.

- Die Studierendenwerke müssen durch das Land finanziell unterstützt werden, um Einnahmeausfälle (bspw. durch den geringeren Verkauf von Mensaessen) durch die Verschiebung des Vorlesungszeitraums zu kompensieren. Die Beratungsangebote der Studierendenwerke müssen auch online zur Verfügung stehen.

Schnellerer Breitbandausbau für alle Regionen

Die Digitalisierung wurde verschlafen. Nichts Neues, aber jetzt deutlicher als je zuvor. Die Übermittlung von Daten zwischen Lehrkräften und Kindern, Firmen und Arbeitskräften, Verwaltungen und Mitbürger*innen, sowie in Gremien stößt dauerhaft an seine Grenzen.

Jahrelang wurde die Forderung der Partei nach einem flächendeckenden Ausbau des 4G Netzes, sowie der Breitbandausbau des ländlichen Raumes sträflich vernachlässigt. Unsere Forderungen, wie die Einführung von digitalen Bürger*innenämtern verhallten einfach im Plenum des Sächsischen Landtages, ebenso wie die Forderung der Digitalisierung des Lehrbetriebes in den sächsischen Bildungseinrichtungen. Spätestens jetzt ist es an der Zeit, dass sich die Staatsregierung dieser Umsetzung widmet, unsere Konzepte dafür stellen wir gern zur Verfügung.

Schnelles und überall verfügbares Internet gehört zur öffentlichen und sozialen Daseinsvorsorge. Jeder Haushalt hat ein Anrecht auf einen bezahlbaren und schnellen Breitbandinternet-Anschluss. Es bleibt Aufgabe der Politik, dafür schnellstmöglich Sorge zu tragen.

Wir fordern:

- Der Ausbau in allen Regionen mit einem schnellen Glasfasernetz muss Sachsen schneller gelingen.

- Zusätzlich fordern wir einen besseren Ausbau des Handyempfangs auf 5G Netzwerke mit der Priorität auf den ländlichen Raum in Sachsen und kostenloses W-LAN in allen ÖPNV und Regionalverkehrsnetzwerken.

- Die Einführung des Bürger*innenamtes 24, um die Abwicklung von Behördengängen online zu ermöglichen.

- Den Ausbau der digitalen Infrastruktur in allen Bildungseinrichtungen

- Dazu gehört aber auch die Förderung der Medienkompetenz in der Bevölkerung für alle Generationen.

Zusammenhalt und Solidarität in Europa und mit Geflüchteten

Wieder einmal zeigt sich, dass die weltweite Pandemie eine Belastungsprobe für den Zusammenhalt der Europäischen Union wird. Statt Solidarität mit den am stärksten betroffenen Staaten findet eine Abschottung und eine Rückbesinnung auf den Nationalstaat statt. Statt bedingungsloser Hilfe gibt es Auflagen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), statt grenzenloser Solidarität mit den Geflüchteten an den Grenzen Griechenlands, gibt es Ablehnungen, Gewalt und seichte Zugeständnisse und statt Integration und Schutz der Geflüchteten werden weiterhin Abschiebungen durchgeführt. Im Moment erleben wir eine humanitäre Katastrophe sondergleichen. Sowohl Bund als auch Länder zeigen, wenn überhaupt, zu wenig Bereitschaft zu helfen. Die bisher genannten 50 Menschen (Stand 15. April), die die Bundesregierung aus den griechischen Lagern bereit ist aufzunehmen, sind ein beschämend geringer Beitrag internationaler Hilfe. Gerade angesichts der vielen tausend Menschen, die unter lebensbedrohlichen Bedingungen in den Flüchtlingslagern Europas ausharren müssen.

Denn die Pandemie betrifft alle, so wird sie auch zum Gesundheitsrisiko für Geflüchtete. Die Lager in Griechenland müssen geschlossen werden. Ein Grund mehr jetzt zu helfen und Menschlichkeit zu zeigen:

Wir fordern:

- In Absprache mit dem Bund, die sofortige und dauerhafte Aussetzung der Abschiebungen.
- Im Bundesrat die Liste der "sicheren Herkunftsländer" erneut prüfen zu lassen und Krisenregionen, sowie die Türkei von der Liste zu streichen.
- Sich im Bundesrat für eine Novellierung der Asyl- und Ausländergesetzgebung einzusetzen, welche alle Regelungen zu Abschiebungen auf den Prüfstand stellt. (In der Zeit der Prüfung sind alle Abschiebungen auszusetzen.)
- Sich über die Vertretung des Freistaates in Sachsen in Brüssel, bei allen EU-Institutionen für eine finanzielle und materielle Hilfe der EU gegenüber den am stärksten betroffenen Ländern der Pandemie einzusetzen.
- Sich für die Evakuierung des Lagers in Lesbos und die Schließung der Lager in Griechenland einzusetzen und die Bereitschaft, deutlich mehr Menschen in Sachsen aufnehmen als bisher seitens der sächsischen Landesregierung geplant.
- Sich über die Vertretung des Freistaates Sachsen im AdR (Ausschuss der Regionen), sowie in Brüssel gegenüber allen EU-Institutionen für einen neuen EU-Vertrag einzusetzen. Der Vertrag von Lissabon bietet keine Antworten für Krisen der Zukunft.

Geflüchtete in Sachsen

- Massenunterkünfte müssen geschlossen und die Menschen dezentral untergebracht werden.
- Eine Gesundheitskarte für Asylbewerberleistungsgesetz (AsylblG) -Bezieher*innen ist einzuführen.
- Das Gesundheitssystem muss für Illegalisierte geöffnet werden, zusammen mit dem Versprechen der zuständigen Gesundheitsämter, Informationen nicht an Ausländerbehörden weiterzugeben.
- Sanktionen des AsylblG müssen aufgehoben und keine neuen Sanktionen verhängt werden.
- Aufenthaltserlaubnisse, Gestattungen und Duldungen müssen in Zeiten der Pandemie/Krisen, pauschal verlängert werden.
- Abschiebungen sind auszusetzen, Abschiebungshaftanstalten sind zu schließen.

Corona ist keine Ausrede für Rassismus

Die Fälle rassistische Anfeindungen und Übergriffe auf Menschen, denen eine asiatische Herkunft unterstellt wird, häufen sich seit der Corona-Pandemie, ob auf der Straße, im Supermarkt, oder in der Arztpraxis. Die Sächsische Staatsregierung hat es seit 30 Jahren versäumt, dagegen tätig zu werden.

Vielfach wird die Pandemie dazu genutzt, um gegen Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete Stimmung zu machen. Mehr noch versuchen rechte Hetzer*innen damit Grenzschließungen, die Aussetzung des Asylrechts und unterlassene Hilfeleistungen zu rechtfertigen. Grund dafür ist nicht COVID 19 - sondern Rassismus der übelsten Sorte.

Demokratie schützen

Die Eindämmung der Ausbreitung der Covid-Pandemie geschieht deutschland- und europaweit unter der Einengung des öffentlichen und privaten Raumes, sowie unter der Maßgabe des zeitweisen Verlustes grundrechtsgegebener Freiheiten. Zum einen erscheinen diese notwendig, um das Ansteckungsrisiko zu verringern, zum anderen setzt sich die Partei DIE LINKE kritisch mit den Grundrechtseinschränkungen der Allgemeinverfügung auseinander. Wir weisen immer wieder darauf hin, dass es zum einen diesen Widerspruch gibt, zum anderen wollen wir zukünftig darauf pochen, diese grundrechtsgegebenen Freiheiten wieder herzustellen. Am Ende der Pandemie müssen die infolge der Krisenbewältigung verordneten Einschränkungen rückgängig gemacht und die bisherig geltende Rechtsordnung wiederhergestellt werden. Zudem darf die aktuelle Gesundheitskrise nicht dafür herhalten, um unter dem Deckmantel vermeintlicher Schutzmaßnahmen bestehende Grundrechte auszuhöhlen und/ oder gar abzuschaffen wie z.B. den Schutz personenbezogener Daten, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmungsrechte, Demonstrationsrechte, Bewegungsfreiheit etc.

Wir fordern:

- Beteiligung des Parlamentes für wesentliche, grundrechtseinschränkende Entscheidungen im Falle eines Notstandes in Sachsen.

- Sobald die zuständigen Gesundheitseinrichtungen eine Entwarnung geben, müssen die Maßnahmen der Landesregierung zurückgenommen werden.

- Alle Grundfreiheiten, welche in den Art. 14 ff. der Sächsischen Landesverfassung benannt werden, müssen wiederhergestellt werden.

- Dauerhafte Abschaffung der Schuldenbremse.

Kommunen unterstützen

In Kommunalparlamenten werden Sitzungen auf Grund der Corona-Pandemie gestrichen. Jedoch wird dadurch deutlich, dass außerhalb des Sitzungsrhythmus eine grundlegende Arbeit in Kreistagen und besonders in Stadt- und Gemeinderäten kaum möglich scheint! Darüber hinaus werden Kommunen mit den Folgen und Herausforderungen der Krise allein gelassen. Kleine Gemeinden im ländlichen Raum sind beispielsweise selbst dafür zuständig, ihre Einrichtungen sowie die Freiwilligen Feuerwehren mit Schutzausrüstungen zu versorgen. Abgesehen davon, dass die Beschaffung immer teurer wird, ist es teilweise schwierig, überhaupt noch etwas zu bekommen. Damit entsteht eine unnötige Gefährdungslage insbesondere der Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren.

Wir fordern:

- Hier erwarten wir, dass Landkreise und die Landesregierung ihrer Verantwortung nachkommen, die Kommunen unterstützen, zentrale Beschaffungen organisieren, Ordnungsämter bei der Durchsetzung der sinnvollen Maßnahmen auch im ländlichen Raum begleiten (deren Personalsituation schon im Normalfall schwierig ist und die jetzt völlig überfordert sind) und ggf. den Katastrophenfall ausrufen, um Zuständigkeiten zu vereinfachen, Kosten zentral zu übernehmen und so ein konsequentes Handeln zu ermöglichen.

- Rücknahme des Querfinanzierungsverbotes für Kommunen um zukünftige wirtschaftliche Schieflagen in Notsituationen zu bekämpfen

Arbeit und Wirtschaft unterstützen

Die Menschen werden tagtäglich nicht nur mit der Angst um eine mögliche Ansteckung konfrontiert, sondern auch mit der Sorge um ihr finanzielles und wirtschaftliches Überleben. Einige Gewerbe sind dabei besonders hart betroffen: Selbstständige in Kunst und Handwerk, in der Gastronomie und im Tourismus, aber auch Therapeut*innen verschiedener Bereiche. Dass sich das Wirtschaftsministerium für sein “Sachsen hilft

sofort"-Nothilfedarlehen rühmt, ist vollkommen klar. Während Anträge nur mit großer Verzögerung bearbeitet werden, zwingen sie die Antragsteller*innen, sich für die nächsten 10 Jahre zu verschulden. Angesichts der unklaren zukünftigen Situation ist dies mehr als gefährlich. Andere Bundesländer gewähren hingegen echte Soforthilfen ohne Rückzahlverpflichtung. Auch das entsprechende Bundesprogramm kann nur begrenzt helfen. Für Selbstständige im Nebengewerbe bietet keines der geschnürten Hilfspakete eine Unterstützung, sie sind schlicht davon ausgenommen. Dennoch handelt es sich bei vielen Gewerbetreibenden um ein wichtiges Einkommen, was auszubleiben droht.

Andererseits werden zahlreiche Selbstständige derzeit in die Grundsicherung getrieben, ohne zu wissen, ob sie nach der Krise ihr Gewerbe erneut aufnehmen können oder in der Mühle Hartz4 feststecken werden. Die größte Lücke besteht derzeit bei Unternehmen zwischen 11 und 50 Angestellten. Durch die Fokussierung auf den Jahresumsatz sind diese Unternehmen aktuell nur berücksichtigt, wenn diese mehr als fünf Jahre am Markt sind.

Ein weiterer besonders betroffener Sektor ist die Landwirtschaft. Gerade im Frühling fallen zahlreiche besonders handarbeitsintensive Arbeitsschritte an. Es fehlen zehntausende Saisonarbeitskräfte durch die Schließung der Grenzen. Hier zeigt sich der geringe Stellenwert, der diesem so elementaren Wirtschaftszweig beigemessen wird. Während die Verbraucherpreise immer günstiger sein müssen, können Landwirt*innen keine anständigen Löhne zahlen. Hierdurch steht nicht zuletzt die Ernte dieses Jahres auf dem Spiel, was auf lange Sicht zu einem drastischen Anstieg der Verbraucherpreise führen könnte.

Doch die aktuelle Situation bietet auch eine Chance für den Strukturwandel. Statt jetzt alte fossile Industrien mit Milliarden künstlich am Leben zu halten, sollten Investitionen in neue, nachhaltige Industrien getätigt werden.

Wir fordern:

- Anstelle von kleinteiligen Lösungen für einzelne Betriebe nach Angestelltenzahl, fordern wir eine soziale Absicherung. Ausweitung der Hilfsprogramme zur Unterstützung bei der Zahlung von Personalkosten.

- Schaffung eines Bedingungslosen Grundeinkommens mindestens für die Dauer der Krise. Eine Grundsicherung für alle Bürger*innen in Höhe von 1000€ pro Monat ohne bürokratische Hürden, damit niemand in Sachsen Angst ums Überleben haben muss in dieser Krise.

- Investitionen in neue nicht-fossile Technologien und Industrien zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

- Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe durch Abnahmegarantien und Förderprogramme.

Wohnen und Miete

In Zeiten noch unsicherer Arbeitsverhältnisse, Kurzarbeiterregelungen um die 60%, Schließungen vieler Handels- und Tourismuseinrichtungen, der Absage von Großveranstaltungen wie Messen und Festivals sowie ausfallender Einnahmen im Handel, im Tourismus und bei zahlreichen weiteren Dienstleistungen sowie Arbeitsausfall durch fehlende Kinderbetreuung und notwendige Sorgearbeit für Angehörige, stellt sich auch die Frage, wie Menschen ihre Miete zahlen wollen. Egal, ob es sich hierbei um die eigene Wohnung, das Ladengeschäft oder die Kneipe um die Ecke handelt. Es betrifft alle, von der Mieter*in bis zu Kleinvermieter*innen und kleinen Immobilienunternehmen, die nun alle um ihre Existenz bangen müssen.

Doch bestimmte Gruppen unserer Gesellschaft sind in dieser Krise besonders verletzlich. Nicht alle haben die gleiche Chance, sich in soziale Isolation zu begeben, oder im Homeoffice zu arbeiten. Menschen mit Behinderung, wohnungslose Menschen, Geflüchtete, Opfer von häuslicher Gewalt sowie Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben (müssen), haben nicht die gleichen Möglichkeiten, sich vor einer Virusinfektion zu schützen. Sie sind besonders vulnerabel und deswegen auch besonders schützenswert.

Wir fordern:

- Um zu verhindern, dass diese gesellschaftlichen Gruppen besonders von der Pandemie betroffen sind, fordern wir die Auflösung von Sammelunterkünften und eine entsprechende sichere Unterbringung in Hotels wie in Frankreich. Somit könnten Hoteliers durch die staatliche Kostenübernahme abgesichert und der Seuchenschutz gewährleistet werden.

- Auch fordern wir die Umsetzung der dezentralen Unterbringung, z.B. durch die staatliche Aneignung zweckentfremdeten Wohnraums und die Umverteilung an bedürftige Menschen. Kommunen müssen ermächtigt werden, leerstehende Wohnungen für die Unterbringung von Wohnungslosen und Geflüchteten zu beschlagnahmen.

- Darüber hinaus fordern wir die Aussetzung von Zwangsräumungen und die Schaffung eines Mietenfonds durch das Land, der garantiert, dass betroffene Menschen in ihren Wohnungen bleiben können und dass Genossenschaften dadurch wirtschaftlich überleben können.

- Sofortiges bundesweites Mieterhöhungsmoratorium! Keine Mieterhöhungen während der Corona-Krise! Mietschulden müssen erlassen, anstehende Mieterhöhungen gestrichen und die Mieten gesenkt werden, wenn Mieter*innen wegen Einkommensausfällen oder Jobverlust darauf angewiesen sind.

- Strom- und Wassersperren sind auszusetzen.

- Kündigungen betroffener Mieter*innen und Gewerbetreibender sind vorübergehend zu verbieten.

- Die Regierung muss bei Wohnungsunternehmen und Vermieter*innenverbänden den Erlass von Mietschulden, Rücknahmen von bereits erfolgten Mieterhöhungen und Mietsenkungen für besonders betroffene Mieter*innen durchsetzen sowie ein Moratorium für Hypothekenzahlungen für selbst nutzende Wohneigentümer*innen in Zahlungsschwierigkeiten.

- Solidarfonds für Kleingewerbetreibende, Kultur- und soziale Einrichtungen sowie für gemeinwohlorientierte Wohnungsanbieter*innen.

- Durch die Verlängerung von Belegungsbindungen ist der weitere Rückgang von Sozialwohnungen unmittelbar zu stoppen.

Schutz vor Gewalt

Isolation, Stress und Einengung infolge der Pandemie und den damit verbundenen Kontaktverboten sowie Ausgangssperren führen in vielen Bereichen des Lebens zu großen Belastungsproben für das gemeinsame Zusammenleben. Eine Folge ist der Anstieg gewaltvoller Konflikte und Auseinandersetzung im häuslichen Kontext, sprich häuslicher Gewalt. In 95 % der Fälle sind insbesondere Frauen* Opfer partnerschaftlicher Gewalt und zu über 90% männliche Täter. Wie bereits oben genannt, kommt es im Zuge der Isolationsmaßnahmen zu erhöhten Risiken für häusliche Gewalt. Unlängst ist bekannt, dass das eigene Zuhause für Frauen* zum gefährlichsten Ort auf der Welt gehört. Die erschreckenden jährlichen Fallzahlen bestätigen dies. Tendenz steigend. Die aktuelle Lage verschärft das bedenklich. (Stress, finanzielle Sorgen, persönliche Belastungssituationen) Im Ausgangsverbot kann man Drucksituationen eben nicht einfach aus dem Weg gehen, zu den Beratungsstellen, Hilfe suchen oder eine*r helfenden Freund*in. Zudem haben Beratungsstellen geschlossen und können Angebote nicht mehr aufrechterhalten, was Hilfeleistungen zusätzlich erschwert. Gleichfalls betroffen sind Kinder und Jugendliche, die in gewaltvollem familiären Umfeld aufwachsen.

Wir fordern:

- Der Ausbau der Frauen*häuser wird von uns ohnehin schon seit Jahren gefordert, aber nun ist es an der Zeit, psychische Notfallnummern ständig und rund um die Uhr mit gut geschultem und gut bezahltem Personal zu besetzen und gerade den oben genannten Zuständen vorzubeugen.

Recht auf sexuelle Selbstbestimmung

Ein ebenso eindringlicher Aspekt wurde von der Organisation Pro Choice aufgeworfen. Schwangerschaftsabbrüche werden für viele Frauen* schwieriger und zum Gesundheitsrisiko. Viele Untersuchungen sind hierfür notwendig, außer Haus und ggf. unter erschwerten Bedingungen durch weniger Sprechstunden/Termine bei zuständigen Ärzt*innen und Behörden. Notwendige Bescheinigungen können nicht ausgestellt werden und/oder Prozesse dauern zu lange. Das ist nachweislich ein riesiges Problem im Fall einer ungewollten Schwangerschaft. Die Sorge der Organisation vor einem Anstieg gefährlicher "Selbsthilfe" ist ggf. nicht unberechtigt und alarmierend.

Wir fordern:

- Schwangerschaftsabbrüche müssen zugänglich bleiben!

- Die Beratungspflicht erzeugt aber mindestens einen unnötigen physischen Kontakt zwischen Schwangerer und beratender Person, zusätzlich zu Anfahrtswegen für alle Beteiligten. Die Beratungspflicht sollte mit sofortiger Wirkung ausgesetzt und durch ein freiwilliges, telefonisches Beratungssystem ersetzt werden.

- Auch die Kostenübernahme durch die Krankenkassen muss sofort in allen Ländern und durch alle Kassen auf ein Online-Verfahren umgestellt werden.

- Grundsätzlich kämpfen wir als LINKE seit jeher für die Abschaffung des Paragraphen 219a und 218. Das ist und bleibt ein zukünftiges und langfristiges Ziel.

Feminismus - Corona und Geschlechterhierarchien

Im Zuge der anhaltenden Pandemie und der damit verbundenen Krise treten gesellschaftspolitische Verwerfungen und soziale Schieflagen deutlicher denn je zutage. Dazu gehören die Ungleichheitsverhältnisse basierend auf fehlender Gleichstellung und anhaltenden Geschlechterhierarchien, welche nach wie vor unser gesellschaftliches Leben bestimmen. Demzufolge hat die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Auswirkungen auf unser Leben eine klare feministische Dimension.

Pflegeberufe

Es sind insbesondere die mehrheitlich weiblichen Pflegekräfte im Gesundheitsbereich (ca. 76%), z.B. in den Kliniken, Pflegediensten, Betreuung und der Altenpflege, die die medizinische Grundversorgung unserer Gesellschaft gerade und auch sonst sicherstellen und im engsten Kontakt mit Menschen stehen. Und das unter, wie wir wissen, mittlerweile schwierigsten Bedingungen durch die Covid-Pandemie.

Dabei sind gerade diese Berufsfelder schlecht(er) bezahlt und Mitarbeitende durch Personalmangel und schlechte Arbeitsbedingungen enormen Belastungen ausgesetzt. Zustände, die sich im Zuge der Krise noch verschärfen und die Pflegenden mit Blick auf Covid19 selbst vor große Gesundheitsrisiken stellt. Als LINKE kritisieren wir dies seit Jahren und machen Pflegenotstand, Lohnungleichheit und schlechter bezahlte "Frauen*berufe" unablässig zum Thema. Geändert hat sich bis dato wenig - ein Skandal und mit Blick auf die Zeit nach Corona

Wir fordern:

- Pflegende müssen (gleiches gilt für Frauen* in Dienstleistungsberufen z.B. Verkäufer*innen) umgehend deutliche Lohnzuschläge erhalten.

- Wir wollen einen von der Allgemeinheit bezahlten Urlaub von mindestens 10 Arbeitstagen für alle Personen, die in ihrem Tätigkeitsbereich in der Zeit der Coronavirus-Pandemie intensiven Kontakt zu Menschen pflegen mussten – gemeinsam mit ihren engsten Familienangehörigen - als Anerkennung und Dank der Gesellschaft für deren außerordentliches Engagement.

- Generell mehr gesellschaftliche Anerkennung und Sichtbarkeit von sogenannten "Frauen*berufen", d.h. Sozial- und Dienstleistungsbereich - dazu gehört eine deutlich bessere Entlohnung - gleichfalls eine grundsätzliche Aufwertung von Care-Arbeit.

- Pflegenotstand und Personalmangel muss als eine Konsequenz aufs politische Tableau und behoben werden.

Care - Arbeit

Hinzu kommen die nach wie vor unbezahlte und unsichtbare Care-Arbeit, die in der Hauptsache von Frauen* getragen wird und die mit Blick auf existenzielle Fragen der Kinderbetreuung durch die Schließung von Schulen und Kitas (wieder) mehrheitlich in der Pflicht und vor massiven Herausforderungen stehen. Aufgrund des bestehenden Lohnunterschiedes und schlechter bezahlten "Frauen*berufen" sowie mehrheitlich Frauen* in Teilzeitjobs, sind sie es, die aus finanziellen Erwägungen nun zuhause bleiben (müssen) und somit die Care-Arbeit verrichten.

Wir fordern:

- Die Schließung der Lohnlücke zwischen den Geschlechtern sowie gleichen Lohn für gleiche UND! gleichwertige Arbeit.

- Daneben sorgen Stereotype und veraltete Rollenbilder dafür, dass die Erziehung von Kindern - und/oder Sorgearbeit von Angehörigen immer noch "Frauen*sache" ist.

- Grundlegende Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit und Abbau von Stereotypen sind ein Muss.

Die Corona Krise wäre ohne die unsichtbare und unbezahlte Care-Arbeit der Frauen* nicht zu bewältigen. Deswegen braucht es, mit Blick auf ein "Nach Corona" die dringend notwendige und überfällige bessere Bezahlung in den Pflege- und Sozialberufen, dem Dienstleistungsbereich sowie, nach dem Motto "gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit" - konkrete Möglichkeiten zur besseren Bezahlung von Care-Arbeit. Wie wichtig und systemrelevant die Arbeit von Frauen* ist, wird hoffentlich nach der Pandemie nicht (wieder) vergessen.

Alleinerziehende

Alleinerziehende (zu über 80% - 90% weiblich) sind auch hier besonders von der Pandemie betroffen. Gerade in Zeiten von Ausgangsverbot und mangelnden sozialen Kontakten ist die alleinige Betreuung der Kinder eine noch größere Herausforderung als ohnehin schon. Hinzu kommen finanzielle Belastungen durch Kurzarbeit oder gar die Unmöglichkeit, beruflich tätig zu sein.

Wir fordern:

Alleinerziehende sind ohnehin schon stärker von Armut betroffen - hier gilt es sofort zu reagieren und Unterstützung zu gewährleisten: Mit Blick auf die anhaltende Pandemie und fehlende Betreuung wäre eine Lohnfortzahlung trotz Freistellung denkbar.

- Im Zweifel muss wenigstens eine Notfallbetreuung der Kinder sichergestellt werden.

Grundsätzlich arbeiten in vielen Bereichen, die besonders stark von der Krise und Schließungen betroffen sind, Frauen*, z.B. im Einzelhandel, Kitas, Schulen. Wer sitzt jetzt an den Kassen im Supermarkt und riskiert während der Sicherstellung der Grundversorgung fremder Menschen, seine eigene Gesundheit? Es sind mehrheitlich Frauen*, die im Nahrungsmitteleinzelhandel und in Dienstleistungsbereichen tätig sind! So schön die Solidaritätsbekundungen einzelner und kollektives Klatschen sind: Davon kann man sich nichts kaufen! Es braucht mehr als das. Zum Beispiel deutlich höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen,

verbindliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine gesamtgesellschaftliche Anerkennung der Tätigkeit von Frauen*.

Es geht nicht darum, bestimmte Berufszweige und Schicksale grundsätzlich gegeneinander aufzuwiegen. Dennoch müssen wir uns bestimmter Geschlechterhierarchien auch in diesen Zeiten bewusst werden, denn die Pandemie macht eben nicht alle Menschen gleich. Menschen die ohnehin diskriminiert, marginalisiert werden, unter Sexismus und Rassismus leiden - werden das in Zeiten der Krise vermehrt/verstärkt spüren. So zum Beispiel: Wohnungslose Frauen*, Trans*Frauen, Ältere Frauen*, Frauen* mit Behinderungen und/oder geflüchtete Frauen*, Migrant*innen - sie alle gehören zu besonders Schutzbedürftigen Gruppen und sind von Covid 19 besonders hart betroffen. Hier müssen wir aktiv werden!

Die Frauen*schutzeinrichtungen sind ohnehin immer am Limit. Unlängst fordern wir den Ausbau der Frauen*schutzeinrichtungen, flächendeckende Finanzierung, Gewaltschutzkonzepte sowie eine auf allen Ebenen getragenen, gemeinsamen Kampf gegen Gewalt an Frauen* und Mädchen. Auch hier zeigt sich die unzureichende Hilfsstruktur als ernstzunehmendes Problem. (siehe Forderungen Kapitel Schutz vor Gewalt)

*Sexarbeiter*innen*

Ebenfalls bedroht sind Sexarbeiter*innen. Viele haben aufgrund der Pandemie keine Einkünfte mehr. Ganze Gewerbe werden geschlossen. Das Kontaktverbot tut sein Übriges. Gerade für diejenigen ohne soziales Netz und Absicherung ist die aktuelle Situation im wahrsten Sinne des Wortes Existenzgefährdend. Frauen* aus Nicht-EU Ländern sind gänzlich ohne Schutz und Sicherheit, Frauen* aus anderen EU Ländern können aufgrund der Grenzschließungen nicht in ihre Heimatländer zurück. Viele Sexarbeiter*innen werden so in die Isolation, Obdachlosigkeit und Armut gedrängt.

Wir fordern:

- Niemand darf in Obdachlosigkeit und Illegalität gedrängt werden!

- Gleichwohl muss die von uns stark kritisierte Pflicht zur Registrierung und Zwangsberatung abgeschafft/ausgesetzt werden. Wir haben uns deutlich gegen das Prostituiertenschutzgesetz in der derzeitigen Form und oben genannte Regelungen ausgesprochen.

*Corona und LSBTIQ**

Die Corona Krise hat auch auf das Leben von LSBTIQ* Personen besondere Auswirkungen. In welchem Maße die bisherigen Einschränkungen einen negativen Einfluss auf Gesundheit und Psyche der betroffenen Personen haben, kann bisher nur schwer abgeschätzt werden. Erste Studien und Umfragen in diesem Punkt gilt es zu unterstützen. Im Zuge der Pandemie fallen zahlreiche Beratungsstrukturen weg. Vor allem für junge LSBTIQ* Personen kann die Aufforderung danach, zuhause zu bleiben und Kontakt zu vermeiden, sehr belastend oder gar bedrohend sein, wenn sie in der Familie ungeoutet sind oder ihre sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität nicht anerkannt werden. Die erhöhte Gefahr von häuslicher Gewalt trifft auch hier junge Personen, die aus diesen Gründen im Konflikt mit ihren Familien stehen. Die Treffen mit unterstützenden Freund*innen oder Peer Groups fallen aus. Einige Vereine versuchen durch Online-Einzelberatung zu helfen, kommen aber kapazitär auch an Grenzen. Ältere LSBTIQ* Personen haben oftmals wenige oder keine jüngeren familiären Angehörigen, die in dieser Zeit Hilfe leisten können. Wohnunglose Trans*personen, geflüchtete Trans*personen sind durch die Bewegungseinschränkungen und fehlende medizinische Versorgung über die Maßen gefährdet. Das müssen wir im Blick haben. Durch das Aussetzen nicht lebenswichtiger Operationen, erleben viele Trans*personen, dass geschlechtsangleichende Operationen abgesagt werden, auf die sie meist mehrere Monate oder Jahre gewartet haben, denen ein demütigender und fremdbestimmter Prozess von Zwangsberatungen, Gutachten und Attesten vorausgegangen ist. Ebenso werden Verfahren zu Personenstands- und Vornamensänderungen ausgesetzt oder massiv in die Länge gezogen. Die Psychosoziale und medizinische Versorgung speziell von trans* aber auch LSBTIQ* ist durch die Corona-Krise stark beeinträchtigt.

Wir fordern:

- Bereits zugesagte Fördermittel der öffentlichen Hand für queere Strukturen (Beratungszentren, Kulturvereine etc.) müssen vollständig ausgezahlt werden. Auch für Projekte, die nicht mehr durchgeführt werden können.

- Auf gesonderte Verwendungsnachweise ist für 2020 zu verzichten.

- Ist eine Förderung an Eigenanteile gebunden, müssen diese jetzt ebenfalls von der fördernden Stelle bereitgestellt werden.

- Beratungsangebote aufrechterhalten, digitale Umsetzungen unterstützen und fördern.

- Gewährleistung der medizinischen und psychosozialen Versorgung von LSBTIQ* Personen.

- Eine Sensibilisierung der Polizei und Mitarbeitenden des Ordnungsamtes für nicht-hetero Beziehungen, Mehr-Eltern Familien und trans*personen ist notwendig.

Kultur unterstützen

Es ist vernünftig, wegen der Pandemie auf Kulturveranstaltungen zu verzichten und Kultureinrichtungen zu schließen. Der Freistaat muss aber alles in ihrer Macht stehende tun, um den Kulturschaffenden in Sachsen durch die Krise zu helfen – zumal gerade Freischaffende in aller Regel keine Rücklagen haben und heute noch nicht absehbar ist, wann wir ins öffentliche Leben zurückkehren können. Die Linksfraktion, sowie die Partei DIE LINKE fordert deshalb unbürokratische Finanzhilfen und soziale Überbrückungsleistungen für Menschen in prekären Beschäftigungs- und Lebenslagen, insbesondere für die in ihrer wirtschaftlichen Existenz akut bedrohten Soloselbständigen, Kleinstunternehmen, Kulturbetriebe und Unternehmen der Kultur-, Kreativ- und Medienwirtschaft. Dazu schlagen wir einen sofort umsetzbaren Maßnahmenkatalog vor

Wir fordern:

- Keine Rückforderung von Fördermitteln, die für ausgefallene Projekte bereits ausgezahlt wurden.

- Die Auszahlung bereits bewilligter Fördermittel unabhängig von der Durchführung der Projekte.

- Flexibilisierung der Förderrichtlinien

- Breitere Gastspielförderung auch für Projekte, die Kulturangebote im Netz (kosten-)frei anbieten.

- Einrichtung eines Nothilfefonds des Freistaates Sachsen

- Gewährung eines Überbrückungsgeldes bis zur Höhe des durchschnittlichen Einkommens des letzten Jahres zum Ersatz von Verdienstausfällen.

- dass der Freistaat genügend eigene Mittel zur Verfügung stellt, um die breit aufgestellte Kulturlandschaft in Sachsen auch über die Krise hinaus zu erhalten.

- Den Einsatz auf Bundesebene zur Ausweitung der Künstlersozialkasse zugunsten weiterer Sparten.

- die Beteiligung der Kulturverbände bei der Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen zur Bewältigung der Krisensituation

- Nicht rückzahlbare Zuschüsse für laufende Betriebskosten zur Aufrechterhaltung von Spiel- und Veranstaltungsstätten und Arbeitsräumen.

- Informationen zu Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten sowie klare Reglungen zur Dokumentationspflicht von Einnahmeausfällen

- das alle aufgezählten Punkte ebenso für die Kultureinrichtungen und Betriebe der Privatwirtschaft angewandt werden

Die weltweite Corona-Pandemie kann zu massiven gesellschaftspolitischen Rückschritten führen. Sei dies mit Blick auf Freiheits- und Grundrechte, Gleichstellungsperspektiven, Willkommenskultur oder den Klimawandel. Unlängst wird die Pandemie zum Scheingrund für alle erdenklichen konservativen und rechten Wunschträume instrumentalisiert: Von der langfristigen Schließung der Grenzen, Aussetzung und Abschaffung des Grundrechts auf Asyl,- sowie Stopp der Klimaschutzmaßnahmen oder Aufweichungen im Bereich des Datenschutzes. Hier braucht es laute Gegenwehr, kritische Auseinandersetzung der Prozesse und Maßnahmen, sowie Solidarität mit Allen, die von den Angriffen, egal welcher Natur, betroffen sind/sein werden. Viele Menschen fallen jetzt schon ins Bodenlose. Für sie brauchen wir Soforthilfen, schnell & unbürokratisch.

In der Krise aber liegen auch immer Chancen auf eine Verbesserung des Bestehenden. Eine längst überfällige Generalüberholung unseres Gesellschaftssystems, Abbau bestehender neoliberaler Strukturen und kapitalistischer Landnahme Vieler durch Wenige. Hinzu mehr Solidarität, Selbstbestimmung und sozialer Sicherheit. Bessere Arbeitsbedingungen, Abschaffung von Geschlechterhierarchien, eine gesamtgesellschaftliche Debatte über Gleichstellung, Fortentwicklung von Digitalisierung und alternativen Kommunikations- und Arbeitsformen - alles ist möglich. Auch eine gewaltfreie und selbstbestimmte Gesellschaft, in der feministische Lebenspraxis selbstverständlich und Ungleichheit Geschichte sind. Hier sind wir als LINKE gefragt.